

# The Old is Dying and the New Cannot Be Born: States, Strategies, Socialisms

Twelfth Annual Historical Materialism Conference, School of Oriental and African Studies, Central London, 5-8 November 2015

*Ralf Hoffrogge / Florian Wilde*

Im Mittelpunkt der mittlerweile zwölften Jahreskonferenz des internationalen marxistischen Zeitschriftenprojekts „Historical Materialism“ stand die Austeritätspolitik in Europa nach der Niederlage von Syriza in Griechenland. In der Konferenzankündigung wurde Austerität nicht nur als rein ökonomische Rezeptur, sondern als politisches Projekt definiert – ein Projekt, bei dessen Bekämpfung die internationale Linke jüngst eine herbe Niederlage einstecken musste.

Für die Konferenz war dies Gelegenheit, zwei der klassischen Fragen der Arbeiterbewegung sowohl historisch als auch politisch neu zu diskutieren: erstens die Frage nach dem Verhältnis von Bewegung und Partei, zweitens der Zusammenhang von Reform und Revolution, beides konkret gemacht an Sammlungsparteien wie Podemos, Syriza oder dem portugiesischen Bloco de Esquerda, deren Vertreter in einer beeindruckenden Podiumsdiskussion auftraten, oder der Geschichte der brasilianischen *Partido dos Trabalhadores (PT)*. Während die unter Präsident Lula da Silva bekannt gewordene PT, zu deutsch schlicht „Arbeiterpartei“ noch einen sehr klaren Bezug zur klassischen Arbeiterbewegung im Namen trägt, ist dies bei anderen Linksparteien weniger der Fall. Zum Beispiel setzt „Podemos“, zur deutsch „Wir Können“, eher auf Neubeginn und den Bruch mit der Symbolik und Sprache der alten Linken und wirbt stattdessen für einen „konstituierenden Prozess“ zur sozialen Neugründung Spaniens. Dennoch stellen sich auch und gerade dieser Partei ähnliche Probleme wie der Sozialdemokratie vor 1914: zwischen Repression und Integration gilt es, ein politisches Gegenprojekt für zu artikulieren, ohne in utopistische Bedeutungslosigkeit zu versinken oder sich bis zur Unkenntlichkeit vereinnahmen zu lassen.

Dieser Konferenzüberblick zeigt, dass Historical Materialism sich nicht als rein akademische Konferenz versteht, sondern als wissenschaftliche Konferenz zu den Fragestellungen eines politischen Marxismus, und damit ein Forum bietet, in dem marxistische Theorie und Geschichte der Arbeiterbewegung gleichberechtigt diskutiert werden mit aktuellen strategischen Debatten einer internationalen Linken. Dieses Format ist in Europa einmalig und immer wieder inspirierend, auch durch seine schiere Größe: von Donnerstag bis Sonntag fanden in täglich vier Veranstaltungsschienen bis zu zwölf verschiedene Panels gleichzeitig statt. Lediglich die Abendpodien liefen ohne Parallelveranstaltungen im großen Hörsaal. Die Panels brachten jeweils drei Referentinnen und Referenten zu einem Thema zusammen – also 36 Beiträge pro Veranstaltungsschiene.<sup>1</sup> Bei diesem Format bot Historical Materialism keine klassische Fachkonferenz, sondern hatte den Charakter eines Forums, bei dem die 740 registrierten TeilnehmerInnen im Gitter der parallelen Veranstaltungen ihren Spezialinteressen folgen konnten, jedoch gleichzeitig in Pausengesprächen und Abendveranstaltungen immer wieder zu allgemeineren Diskussionen zusammenkamen.

---

<sup>1</sup> Das Gesamtprogramm findet sich online unter:  
<http://www.historicalmaterialism.org/conferences/annual12>

## **Eurokrise und materialistische Staatstheorie**

Gleich am Donnerstag machte ein Panel zur „Politischen Ökonomie der Eurozone“ den Auftakt, in dem von Fabian Georgi und John Kannankulam eine „Klassenanalyse der Konfliktodynamiken in Deutschland“ vorgestellt wurde. Anhand von Mediendiskursen identifizierten die Referenten verschiedene Staatsprojekte der Eliten zur Krisenbewältigung, die je nach Interessenlage von Exportindustrie bis Mittelstand unterschiedlich ausfielen und auf zivilgesellschaftlicher Ebene von der nationalkonservativ-rechtspopulistischen AfD bis zur Sozialdemokratischen Variante eines gemäßigten Neoliberalismus verschiedene Träger und Integrationsakteure aufwiesen. Etienne Schneider lenkte danach den Blick auf das Konfliktverhältnis von Souveränität und Dependenz im Euroraum und betonte die auch vor der Eurokrise und sogar vor der Euroeinführung schon prekäre und Abhängige Stellung der Länder Südeuropas in EU bzw. EWG. Eine Bereicherung für die oft schematisch geführten Debatten um den Euroausstieg als Krisenlösung, die in späteren Debatten von Vertretern der griechischen Syriza-Abspaltung „Volkseinheit“ bestätigt wurde: der Euroausstieg wäre nicht Inhalt, sondern bestenfalls Anfang für irgendeine Art von sozialer oder sozialistischer Transformationsstrategie in Südeuropa.

## **Die Russische Revolution von 1905 und ihre Lehren für die Gegenwart**

Dem Erbe der russischen Revolution von 1905 widmeten sich in einem Panel am Sonntag Henry Holland, Rory Castle, Bill Pelz und Axel Fair Schulz. Sie konzentrierten sich auf die Rolle Rosa Luxemburgs und die Reflektion der Revolution in ihren Schriften, die, meist auf Polnisch verfasst, erst jüngst unter dem Titel „Arbeiterrevolution“ in einer deutschen Ausgabe erschienen.<sup>2</sup>

Bereits zuvor hatten sich Ottokar Luban, Wiktor Marcek und der Herausgeber der englischsprachigen Rosa-Luxemburg-Gesamtausgabe, Peter Hudis, im Zweiten Donnerstagspanel der Revolution von 1905 zugewandt. Alle Sprecher betonten den Massencharakter der Revolution und die Entstehung neuer politischer Formen der Partizipation von Menschen, die vorher aus dem politischen Prozess ausgeschlossen waren, sowie die Eroberung von öffentlichen Räumen die vorher durch Polizei und Zensur geschlossen waren und nun zum Schauplatz einer politischen Massenöffentlichkeit wurden – eine deutliche Parallele zu den Hochphasen aktueller Krisenproteste, etwa den Platzbesetzungen durch die Bewegung „15M“ in Spanien. Eine weitere Parallele zeigte Wiktor Marcek auf, indem er mit seinem Referat über die „Angst vor den Massen“ die Belebung nationalistischer und antisemitischer Diskurse in Polen als Reaktion national-bürgerlicher Eliten auf die Revolution von 1905 analysierte. Nationalismus und fremdenfeindliche Mobilisierungen als Scheinlösungen für politische und Ökonomische Krisen – auch dies eine Erfahrung, die im Europa von heute leider Alltag ist.

## **Nationalismus und Intersektionalität**

Dem Thema Nationalismus widmete sich dementsprechend das Panel „Race, Class, Gender and Nation: Challenges for Critical Marxist Theory“, in dem Benjamin Mabie über die US-Amerikanische Black Panther Party der 1960er Jahre referierte, während Brendan

---

<sup>2</sup> Rosa Luxemburg, Arbeiterrevolution 1905/06 – Polnische Texte, Herausgegeben von Holger Politt, Berlin 2015.

McGeever und Satnam Virdee die Widersprüche des im Aufstieg begriffenen schottischen und englischen Nationalismus analysierten. Sie betonten den widersprüchlichen Charakter beider Nationalismen: während sich in der Scottish National Party ein antineoliberales, sozialdemokratisches Projekt formiert, ist ähnliches im englischen Nationalismus nicht in Sicht und rechtspopulistische Muster dominieren. Für viele Immigranten ist dementsprechend der Bezug auf das „Britische“ gegen die Sub-Nationalismen Großbritanniens ein Integrationsversprechen, obwohl das „Britische“ selbst imperial konstruiert ist. In Ergänzung zu diesen Beiträgen referierte Sharon Smith über die Erfahrungen des schwarzen Feminismus als Teil der neuen sozialen Bewegungen seit den 1970er Jahren und grenzte sich von einer postmodernen Vereinnahmung des Projektes „schwarzer Feminismus“ ab, in dem sie die soziale Identität und die Interessen schwarzer Frauen als Gruppe gegen einen zunehmend individuell verstandenen Begriff von „Identität“ in Stellung brachte.

Die Diskussionen dieses Panels zeigten mit dem Konzept der Intersektionalität, also das Zusammentreffen der verschiedenen Herrschaftsverhältnisse von Klasse, Rassismus und Patriarchat eine weitere Diskussionslinie der Konferenz, die in verschiedenen Panels immer wieder zur Sprache kam. Es wurde klar, dass der Begriff „Klasse“ als theoretische Kategorie wie auch die konkrete Klassenanalyse nicht ohne die Betrachtung von Ethnizität, Migration und geschlechtlich segmentierten Arbeitsmärkten auskommt.

### **Die Partei in der Krise - linke Sammlungsbewegungen in Regierung und Opposition**

Dies zeigte auch ein Panel zur brasilianischen Geschichte, in der Pedro Salgado auf das koloniale Erbe verwies, während Bernhard Leubolt und Viktor Strazzeri in ihren Beiträgen die steckengebliebenen Reformen seit dem Amtsantritt von Präsident Lula Da Silva und seiner *Partido dos Trabalhadores (PT)* analysierten. Während Leubolt Phasen sozialer Mobilisierungen und auch soziale Verbesserungen darstellte, analysierte Strazzeri die brasilianische Politik seit Machtantritt der PT als „Reformismus ohne Reformen“, weil abgesehen von aus dem laufenden Haushalt finanzierten Sozialprogrammen und einer Anhebung des Mindestlohns jede tiefgreifende wirtschaftliche Reform ausgeblieben sei. Die aktuelle Sozialpolitik sei daher höchst anfällig und in kürzester Zeit umkehrbar. Strazzeri verglich die Politik der PT mit dem Eurokommunismus der 1970er Jahre, der ebenfalls als „Demokratischer Kommunismus“ große Hoffnungen geweckt habe, ohne sie einlösen zu können. Einig waren sich alle drei Referenten über das Erbe der „Kolonialen Mentalität“, die sich in der Beharrung traditioneller Eliten auf ihren Privilegien ausdrücke – so sei etwa die Verteuerung von Haushaltsarbeit und die schlechtere Verfügbarkeit von Hausangestellten im Zuge einer Erhöhung des Mindestlohns ein Grund dafür, dass eine urbane, vorwiegend weiße Mittelschicht sich von der Politik der PT distanzieren.

Der aktuellen griechischen Krise widmeten sich in einer Diskussion am Samstag der US-amerikanische Ökonom und Historiker Robert Brenner sowie Stathis Kouvelakis, Mitglied der Syriza-Abspaltung „Volkseinheit“. Brenner betonte den langwährenden Charakter der aktuellen Krise und ihre Wurzeln in den sinkenden Wachstumsraten der Produktion seit den 1960er Jahren. Es handele sich somit nicht um eine reine Finanzkrise, sondern die Finanzialisierung der Ökonomie sei seit den 1980er Jahren in verschiedenen Wellen aufgebaut worden, um die sinkenden Profitraten der Industrie zu kompensieren. Das Scheitern dieser Strategie markiere den aktuellen Krisenzyklus seit 2001. Die Reaktion auf dieses Scheitern einer selbsttragenden Finanzökonomie erläuterte danach Kouvelakis am

Beispiel Griechenlands, wo nicht nur im Ausland formulierte Memoranden die Leitlinien der Politik festschrieben, sondern Emissäre der EU-Institutionen bis hin in einzelne Ministerien und auf Staatssekretärebene detaillierte Anweisungen und Entscheidungen trafen. Im Fonds zur Privatisierung griechischen Staatsvermögens, eingerichtet nach dem Vorbild der „Treuhand“, saßen zum Beispiel nur drei Griechen, aber vier Vertreter der Troika-Institutionen. Diese völlige Entmündigung politischer Entscheidungsträger nach der Wahl einer Linksregierung sei nicht nur ein einfaches Scheitern, sondern ein Desaster „Jenseits der Niederlage“.

Parallel zu diesem wurde auch auf einem weiteren Panel über „The Left in Government: SYRIZA and the PT“ diskutiert. Auch hier wertete Andreas Karitzis vom Nicos Poulantzas Institut und ehem. Mitglied des SYRIZA-Zentralkomitees die Kompromisse mit der Troika als schwere Niederlage. Schonungslos analysierte er: „SYRIZA ist mit dem Versuch gescheitert, Austerität und den Neoliberalismus in Griechenland zu stoppen. Nun wird die Austeritätspolitik künftig von einer linken Regierung umgesetzt, und die Linke wird künftig mit Austerität identifiziert werden.“ Der fundamentale Irrtum SYRIZAs sei gewesen, anzunehmen, dass die europäischen Eliten die Entscheidungen einer demokratisch gewählten Regierung respektieren würden. Er plädierte dafür, den Fokus stärker auf Selbstorganisation in Nachbarschaftshilfen und Netzwerken alternativer Ökonomie zu legen, wobei es eine offene Frage bleibe, wie politische Repräsentation durch Parteien in solche Netzwerke eingebunden werden könne.

Neben Griechenland spielten auch die Erfahrungen der neuen Partei „Podemos“ in Spanien eine wichtige Rolle auf der Konferenz. In einem Panel zu „Podemos“ am Samstagnachmittag schilderte Josep Maria Atentas (Universität Barcelona, Mitglied in der Strömung „Anticapitalistas“ in Podemos) die Entstehung von Podemos aus der 15-M-Bewegung der Platzbesetzungen und die verschiedenen Phasen der Entwicklung der Partei, die sich dabei von einer Bewegungspartei hin zu einer Wahlkampfmaschine entwickelt habe, bei der die mediale Kommunikation den Fokus auf soziale Bewegungen zu verdrängen drohe. Kritisch analysierte er, dass das populistische Konzept der Menschen vs. der herrschenden „Kaste“ dazu querliegende Fragen des Feminismus und der Umweltbewegung an den Rand dränge. Außerdem würde das Konzept einer „nationalpopularen Strategie“ in einem plurinationalen Staat wie Spanien rasch an Grenzen stoßen und keine Antwort auf die nationalen Fragen der iberischen Halbinsel bieten. Er plädierte dafür, Wahlen nicht als Endpunkt der Strategie von Podemos zu begreifen, sondern als Etappen eines längerfristigen Projektes der Verschiebung von Hegemonien. Jaime Pastor, Herausgeber des linken Magazins „Viento Sur“, betonte ergänzend, dass die Niederlage SYRIZAs sich negativ auf Podemos auswirke, deren Umfragen seit geraumer Zeit rückläufig sind.

Aber nicht nur Erfahrungen aus Ländern wie Griechenland, Spanien und Portugal mit einer elektoral starken Linken wurden diskutiert. Auch schwächelnde linke Parteien wie die Frankreichs fanden in eigenen Panels Raum für ihre Fragen. Auf einem solchen schilderte Olivier Besancenot von der Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA), wie sich die „französische Ausnahme“ – lange für die ungewöhnlich starke Linke Frankreichs stehend – sich paradoxerweise ausgerechnet im Moment tiefer ökonomischer und politischer Krise in ihr Gegenteil verkehrt habe. Als Grund führte er die „Dekomposition“ der Arbeiterklasse an, in der – in Anlehnung an Gramsci – das Alte im Sterben liege, das neue aber noch nicht geboren sei. Dringend müsse die Linke neue Wege der Verankerung in den sozialen Brennpunkten der Banlieues finden und Räume für die

kollektive Organisierung und einen politischen Ausdruck der Marginalisierten finden. Die harsche Haltung der NPA in der Kopftuchfrage habe zu ihrer Entfremdung von den subalternen muslimischen Milieus geführt.

## **Austerität und sozialistische Strategie**

Einer der Höhepunkte der Konferenz war schließlich das Abendplenum „Austerity and Socialist Strategy in Southern Europe“ mit Stathis Kouvelakis, Isidro Lopez (Podemos) und Panagiotis Sotiris von der griechischen „Volkseinheit“. Spannend vor allem der Dialog der griechischen Referenten, die im Jahr zuvor als gegnerische Diskutanten auf einem Podium vertreten waren: während Kouvelakis im November 2014 noch vor dem Wahlsieg für eine Einheitsfront mit Syriza warb, kritisierte Sotiris als Mitglied der linken Formation „Antarsya“ schon damals die Aufgabe wesentlicher sozialistischer Forderungen durch Syriza im Vorfeld der Wahlen. Bestätigt durch die jüngste Entwicklung hätte Sotiris nun auftrumpfen können - doch stattdessen betonten beide Redner, nun in einer Partei vereint, die Niederlage Syrizas gegenüber der Memorandums-Politik sei eine Niederlage der gesamten Europäischen Linken. „Wir stehen einer tiefen Krise revolutionärer Organisationen in Europa, aber auch des Partei-Modells insgesamt, gegenüber“ (Sotiris) - solch schonungslose Einsicht ist selten in der politischen Landschaft, und ähnliche Entwicklungen bei der spanischen Podemos, wo eine Zentralisierung der Parteistruktur einher ging mit einer Aufgabe von Bewegungsforderungen regten zum Nachdenken an. Sotiris argumentierte abschließend in Anlehnung an Gramsci, dass den großen gesellschaftlichen Veränderungen oft molekulare Veränderungen vorausgehen – etwa der Selbstorganisation im Stadtteil und der Selbstverwaltung einzelner besetzter Betriebe. „Jede linke Neuformierung muss mit diesen molekularen Veränderungen verbunden sein.“

Beeindruckend zum Schluss des Podiums ein Beitrag von Mariana Mortagua vom portugiesischen Bloco de Esquerda. Sie verwies auf die Unsicherheitsfaktoren jeder Gegenstrategie zum Alltag der Austerität. Ein Ausbrechen aus den Zwängen der Austeritätspolitik gleiche einem „Marsch durch die Wüste“ mit ungewissem Ausgang: Trotz der Verelendung und des Scheiterns aller neoliberalen Wachstumsversprechen der 1990er und 200er Jahre zögen viele Menschen das bekannte wirtschaftliche Elend jener politischen Instabilität vor, die ein Ausbruch gegen die Mehrheit der EU-Staaten vielleicht bringen würde. Insbesondere wirke in Portugal, Spanien und Griechenland noch die Erinnerung an die Militärdiktaturen der 1970er Jahre nach. Obwohl die Verantwortung der EU-Politik für die Vertiefung der Krise und Verelendung der Bevölkerungen allgemein bekannt sei, wäre deshalb mit der Abwendung von der EU die Angst vor der erneuten politischen Isolation verbunden. Alle Referenten des Podiums stimmten darin überein, dass der Sturm auf die Wahlurne, der den sozialen Protesten gegen Austerität gefolgt sei, jetzt an eine Grenze stößt und seine Widersprüche offensichtlich würden. Das Konzept der breiten, linkspopulistischen Sammlungspartei müsse nicht fallengelassen, aber doch grundsätzlich neu bestimmt werden.

## **Streik und Literatur**

Einen Abstecher in die Literaturwissenschaft bot das Panel „Writing the 1926 General Strike“ in dem Dougal McNeil, Elinor Tylor und Jamie Allinson die Auswirkungen des britischen Generalstreiks schilderten. Der Generalstreik, obwohl kurzlebig und ohne Erfüllung der Forderungen zusammengebrochen, ist bis heute als größte Kraftprobe der britischen Arbeiterbewegung in der Zwischenkriegszeit legendär. Seine Verarbeitung in



der Volksfront-Literatur der 1930er Jahre war nicht widerspruchsfrei, denn angesichts des drohenden Faschismus propagierte die Volksfrontpolitik für Westeuropa Klassenbündnisse statt Klassenkampf. Das Panel verwies eindrücklich darauf, dass politische Sammlungsbewegungen nicht nur durch ökonomische Gegenentwürfe geprägt sind, sondern auch durch „große Erzählungen“ die historische Erfahrungen kulturell verarbeiten und an die nächste Generation weitergeben.

### **Klassenkämpfe, Rassismus und Protestkultur in Südafrika**

Mit dem Neoliberalismus außerhalb Europas setzte sich schließlich ein Panel von Steffen Böhm, Michael Neocosmos und Peter Alexander auseinander, das die sozialen Kämpfe in Südafrika nach dem Erbe der Apartheid thematisierte. Neocosmos referierte Konturen eines spezifisch südafrikanischen Nationalismus', der trotz seiner Herkunft als Befreiungsnationalismus die Rolle einer einigenden Ideologie zur Überbrückung steigender wirtschaftlicher Ungleichheit bilde. Fremdenfeindliche Übergriffe gegen reale oder vermeintliche Arbeitsmigranten aus anderen afrikanischen Staaten seien in Südafrika keine Seltenheit. Steffen Böhm dagegen thematisierte unter anderem das Massaker von Marikana, in dem die südafrikanische Polizei 2012 auf streikende Bergarbeiter schoss, mit 44 Toten einer der schlimmsten Fälle von Polizeigewalt seit den Tagen der Apartheid und ein Wendepunkt, an dem die Abkehr von Teilen der südafrikanischen Gewerkschaftsbewegung von der Regierungspartei ANC sich beschleunigte. Polizei als Antwort auf Proteste thematisierte auch Peter Alexander, der gemeinsam mit anderen ForscherInnen durch ein südafrikanisches Informationsfreiheitsgesetz einen Datensatz von Polizeibeobachtungen über Menschenansammlungen und Proteste auswerten konnte, der die Jahre 1997-2013 abdeckt. Die Daten umfassen alle polizeilich registrierten Menschenansammlungen auf öffentlichen Straßen, neben Randerscheinungen von Sportevents auch viele politische Proteste. Alexander und seine Kollegen konnten im Vergleich mit Medienberichten nachweisen, dass nur ein Fünftel der Proteste überhaupt in der Zeitung landeten, die Zahl von Protestereignissen in Südafrika also fünfmal höher ist als bisher angenommen. Gleichzeitig belegten die Polizeidaten, dass nur 8 Prozent der Proteste in irgendeiner Form gewalttätig waren – dass jedoch gerade diese überdurchschnittlich oft in den Medien zu finden seien, während die 92 Prozent Protestereignisse, die entweder ganz störungsfrei oder mit kleineren Störungen ablaufen würden, meist von den Medien ignoriert würden. Daten wie diese liefern ein neues Bild der Dynamik öffentlicher Proteste, lassen Parallelen erkennen zu den Referaten über die Revolution von 1905, deren wesentliches Novum als Politisierung des öffentlichen Raums und der Straße beschrieben wurde – mehrheitlich gewaltfrei zum Zwecke von Diskussion und Entscheidungsfindung. Daten wie diese liegen aus Europa bisher nicht in dieser Dichte vor,<sup>3</sup> wohl eher wegen der Abwesenheit von wirksamen Informationsfreiheitsgesetzen als wegen geringerer Überwachung und Kontrolle durch Polizei und Staatsschutzorgane.

---

<sup>3</sup> Ein Versuch in diese Richtung ist die von Dieter Rucht am Wissenschaftszentrum Berlin koordinierte Protest-Datenbank: <https://www.wzb.eu/de/forschung/beendete-forschungsprogramme/zivilgesellschaft-und-politische-mobilisierung/projekte/prodat-dokument>

## Fazit

Das Beispiel Südafrika zeigte gleichzeitig eine Leerstelle der HM-Konferenz, weil es eins der wenigen war, in dem Gewerkschaften und soziale Bewegungen unabhängig von Parteien die Hauptrolle spielten. Während Arbeiterparteien sowohl historisch als auch in ihrer aktuellen Form als linke Sammlungsparteien breit diskutiert wurden, stand die Gewerkschaftsgeschichte nur selten im Vordergrund, was angesichts der aufgezeigten Widersprüche parlamentarischer Politik verwundert. Eine weitere Leerstelle war Deutschland als Zentrum und Protagonist der Vertiefung der europäischen Krise – in einigen Panels, etwa in den zitierten Beiträgen von Kannankulam, Schneider und Georgi wurde dieser Zusammenhang zwar ökonomisch analysiert, aber das Widerstandspotential innerhalb Deutschlands als eher gering beurteilt. Dementsprechend verwundert es nicht, dass bei den Konferenzreferaten die Geschichte der deutschen Linken nach 1945 kaum eine Rolle spielte und die deutsche Opposition gegen die Austeritätspolitik fast gar nicht vertreten war. Gleichzeitig war Interesse am deutschsprachigen Marxismus der zweiten Internationale, an der Novemberrevolution 1918 oder den Debatten der KPD in den 1920er Jahren sehr groß, wie sich auch in einem Panel der beiden Autoren dieses Berichtes zeigte, bei dem, ausgehend von unseren jeweiligen biographischen Forschungen über die KPD der Weimarer Republik zwischen ultralinken Fundamentalopposition und revolutionärer Realpolitik diskutiert wurde. Es ist freilich nicht die Aufgabe des britischen Organisationsteams, in Deutschland nach Referaten zu fischen – stattdessen sollten sich die in den letzten Jahren neu belebte Forschung zur gewerkschaftlichen Zeitgeschichte, zur Neuen Linken nach 1945 sowie Akteure und forschende Chronisten gegenwärtiger Sozialer Bewegungen selbst einbringen, um im nächsten Jahr auf Augenhöhe mitzudiskutieren.

## Die Autoren

### **Dr. Ralf Hoffrogge, Berlin/Bochum**

Ruhr-Universität Bochum, Habilitationsstipendiat der RLS mit dem Projekt "[Arbeit in der Krise - Gewerkschaftliche Krisendeutungen und Krisenpolitik in Deutschland und Großbritannien](#)". Forschungsschwerpunkte neben der Gewerkschaftsgeschichte sind Historische Kommunismusforschung sowie Biographien der deutschen Arbeiterbewegung. Jüngste Veröffentlichung: "Werner Scholem - eine politische Biographie (1895-1940)". Weitere Publikation: "[Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland -Von den Anfängen bis 1914](#)".

### **Dr. Florian Wilde, Berlin**

Historiker. Promotion zu "Ernst Meyer - vergessene Führungsfigur des deutschen Kommunismus. Eine politische Biographie" ([online als PDF](#)). Mitglied des Sprecherrates der Historischen Kommission beim Parteivorstand DIE LINKE. [Mitarbeiter](#) am [IfG](#) der RLS für den Bereich Gewerkschaften und Produktion.

Beide sind Mitglieder Gesprächskreises Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung.